



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Telegraphischer 21234 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/112 - 20. Mai 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |        |   |    |
|--------|---|----|
| 1      | Wilhelm Mellies †<br>Von Erich Ollenhauer   | 44 |
| 2 - 2a | Mehr für die Einheit Deutschlands tun!<br>Fritz Erlar und Herbert Wehner zum Problem der Sicherheit                           | 66 |
| 3 - 4  | Umsiedler wollen ihre Wohnhäuser mitbringen<br>Aus dem Warschauer Gebiet kommen 2 000 polnische<br>Landwirte nach Ostpreussen | 68 |
| 5      | Wohin steuert Frankreich ?<br>Eine interessante Analyse   | 52 |
| 6 - 7  | Für eine Welt der Freiheit und des Friedens<br>Die Entschliessung des SPD-Parteitages zum Referat Ollenhauer                  | 71 |

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

Wilhelm Mellies †

Von Erich Ollenhauer

Wilhelm Mellies ist von uns gegangen. Er hinterlässt eine tiefe Lücke in unseren Reihen. Ein Menschenalter stand er im Kampf für die soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und für Frieden. Schon als 24jähriger trat er als junger Lehrer der SPD bei, die ihn bereits zwei Jahre später in den Lippeschen Landtag entsandte. 1929 wählte man ihn zum Landtagspräsidenten, in ein Amt, das man sonst nur älteren und erfahrenen Parlamentariern überträgt. Die Tatsache, dass man Wilhelm Mellies in seiner Jugend das Vertrauen zur Übernahme einer so hohen parlamentarischen Funktion schenkte, zeichnet eigentlich schon seine wesentlichen Charakterzüge: Zuverlässigkeit, klares und weitschauendes Denken und die unerschütterliche Treue zur Demokratie.

Der Lebensweg von Wilhelm Mellies war damit vorgezeichnet. Auch ihn jagten die Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt. Er verlor seine Existenz und konnte nach vielen Verfolgungen nur mühsam den Lebensunterhalt seiner Familie sichern. Im Kriege wurde er Soldat. Als das "Dritte Reich" 1945 zusammenbrach, als unser Vaterland aus tausend Wunden blutete, war Wilhelm Mellies einer der ersten, die sich zum Aufbau zur Verfügung stellten. Die Stationen seiner Arbeit für die Demokratie seit 1945 waren: Landrat des Kreises Detmold, 1948 Abgeordneter im Wirtschaftsrat in Frankfurt und Bezirksvorsitzender der SPD in Ost-Westfalen als Nachfolger von Carl Severing, dem früheren preussischen Innenminister. 1949 wurde Wilhelm Mellies in direkter Wahl zum Abgeordneten des Bundestages für den Kreis Lemgo gewählt. Im Herbst 1952 wurde er auf dem ersten Parteitag nach dem Tode Kurt Schumachers zum stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Im gleichen Jahre wurde Wilhelm Mellies auch stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Wilhelm Mellies war einer von den Stillen im Lande. Wer ihn näher kannte, wer mit ihm eng zusammengearbeitet hat, weiss, wie gross der Verlust ist, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erlitten hat. Von ihm ging Ruhe und Überlegenheit aus. Das ausgleichende Wesen des Mannes, von dem wir jetzt Abschied nehmen müssen, wurde vielen zum Beispiel und gutem Vorbild. Freunden und Gegnern.

Es ist sehr oft so, dass die Grösse eines Mannes erst dann richtig eingeschätzt wird, wenn er nicht mehr unter uns weilt. Wilhelm Mellies gehörte zu diesen Menschen. Als er krank wurde, als er nicht mehr mitarbeiten konnte, spürten wir die Lücke. Die deutsche Demokratie braucht Männer, wie Wilhelm Mellies einer war. Menschen, die beharrlich, Stein um Stein, das Gebäude des demokratischen Staates errichten.

Wir nehmen Abschied von Wilhelm Mellies mit dem tiefen Gefühl des Dankes für seine stille und doch so wirkungsvolle Arbeit an der deutschen Demokratie, für seine Aufopferung und für seine Freundschaft.

Mehr für die Einheit Deutschlands tun !

sp - Stuttgart

Auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD ist eine Legende zerstört worden, die seit Jahren die politische Atmosphäre in der Bundesrepublik vergiftet hat - die Legende, die Sozialdemokratie habe keine Konzeption der Verteidigung und Sicherheit. Zu dieser Legende gehörte auch die Behauptung, die stärkste deutsche Oppositionspartei flüchte sich vor den Problemen der Landesverteidigung in die dauernde Verneinung. Aber was bedeuten im gespaltenen Deutschland Sicherheit und Verteidigung? Auf keinen Fall militärische Massnahmen und Vorbereitungen, die mit ihren schrecklichen Konsequenzen im Atomzeitalter zur völligen Vernichtung des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze führen müssen!

Die Rüstungsapostel um Adenauer und Strauss machen es sich sehr einfach. Für sie sind Atombomben und die Beteiligung am Rüstungswettlauf der Weltmächte der Inhalt ihrer Politik, die 1950 mit dem Angebot deutscher Divisionen für einen militärischen Block begann und die sich jetzt im Delirium hemmungsloser Grossmannssucht verliert. Alle der Entspannung dienenden Überlegungen wurden hierbei weit in den Hintergrund gedrängt. Die Wiedervereinigung als die zentrale Frage jeder deutschen Politik fiel dem rein militärischen Denken zum Opfer.

Für grosse Teile der CDU mag die Wiedervereinigung Deutschlands nur Gegenstand von schön klingenden Deklamationen sein; für die deutsche Sozialdemokratie ist sie der Inhalt ihres Kampfes und ihres leidenschaftlichen Wollens.

Erler und Wehner haben in Stuttgart das Sicherheitsproblem, wie es sich auch im gespaltenen Deutschland als Aufgabe stellt, klar umrissen. Diese Sicherheit wird dem ganzen deutschen Volk aber erst dann gegeben sein, wenn die Spaltung überwunden ist und die Teile Deutschlands nicht mehr Objekt der Militärpolitik von West und Ost sind. Nichts darf geschehen, was den Weg zu diesem Ziel verbauen könnte, und alles muss gefördert werden, was den Kalten Krieg beendet und der Entspannung dient. Deshalb ist das deutsche

Sicherheitsproblem nur in der Perspektive der Abwehr von Versuchen zu sehen, uns hier im Westen ein Regime aufzuzwingen, das wir nicht wollen. Dazu bedarf es keiner Atombomben, deren Ziel im Ernstfall deutsches Land diesseits und jenseits der Zonengrenze sein würde.

Der Schutz der Bundesrepublik vor möglichen Aggressionsakten aus dem Osten, die vom Ulbricht-Regime ausgelöst werden könnten, kann sich aber nicht in rein militärischen Massnahmen erschöpfen. Eine aktive deutsche Politik, die diesen Namen verdient, muss mehr Kühnheit und Selbstbewusstsein zeigen.

Herbert Wehner wies den Weg zu einer solchen Politik. Nach einer Analyse der verpassten Gelegenheiten stellte er die Forderung auf, die unvermeidliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, der sich kein Volk entziehen kann, auf der politischen Ebene zu führen. Er sprach die Empfindungen wohl aller Delegierten des Parteitages aus, als er sagte, eine auf guten sozialen und ökonomischen Fundamenten beruhende Demokratie sei eher in der Lage, den Kommunismus innerlich zu überwinden, als Staaten, die mit Polizeimethoden oder in der Atmosphäre des Kalten Krieges mit anti-kommunistischen Traktätchen den Kommunismus zu überwinden glauben. Dazu gehört auch die Bereitschaft, beide Teile Deutschlands aufeinander zukommen zu lassen, anstatt sie durch die Verankerung in Militärblöcken immer weiter voneinander zu entfernen.

Diese Wahrheiten mögen für viele heute noch ketzerisch klingen. Aber wer die Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden ehrlich anstrebt und die Selbstaufgabe des deutschen Volkes verhindern will, muss sie zur Kenntnis nehmen und verarbeiten. Zu lange hat die deutsche Politik unter dem Schatten des Gegensatzes zwischen West und Ost gestanden; für viele Status-quo-Politiker ist dieser Gegensatz geradezu ein Lebenselement, ohne das sie zur Bedeutungslosigkeit verurteilt wären.

Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht zulassen, dass in einer Zeit, in der die ganze Welt nach Wegen zur Entspannung sucht, auf deutschem Boden Brandherde erhalten bleiben, deren Existenz für alle Völker eine dauernde Gefahr ist.

20. Mai 1958

### Umsiedler wollen ihre Wohnhäuser mitbringen

rh - Immer wieder versucht es das Warschauer Regime von neuem, für die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete neue Ansiedler aus den zentralpolnischen Wojwodschaften zu gewinnen. Da für die Wojwodschaft Allenstein (den südlichen Teil von Ostpreußen) die während der letzten Monate aus den ehemaligen und jetzt von der Sowjetunion beherrschten polnischen Ostgebieten eingeströmten polnischen Repatrianten offensichtlich nicht ausreichen, will man aus der Wojwodschaft Warschau rund 2000 Landwirte nach Ostpreußen umsiedeln. Die dabei sich ergebenden Erscheinungen dürften typisch für ähnliche Umsiedlungsaktionen aus anderen innerpolnischen Wojwodschaften in die Ostseegebiete sein, so daß auf sie näher eingegangen werden soll.

Der den Umsiedlern zur Verfügung zu stellende Boden wird vor allem in den ostpreußischen Kreisen Braunsberg und Bartenstein gewonnen. In diesen beiden Kreisen bestehen Staatsgüter, die sich als unrentabel erwiesen haben. Die mangelnden Erträge seien vor allem darauf zurückzuführen, daß die Verteilung der Felder schlecht ist und ihre Bearbeitung mit Maschinen sich unproduktiv gestaltet. Anscheinend verbirgt sich hinter dieser Formulierung die Tatsache, daß die technische Ausrüstung dieser Staatsgüter zu wünschen übrig läßt und eine Änderung in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Man hat wohl eingesehen, daß eine Aufteilung zweckmäßiger wäre. In diesem Jahr will man von den Staatsgütern 10.000 bis 15.000 Hektar Boden übernehmen und im nächsten Jahr 30.000 Hektar. Daraus lassen sich 2.500 Landwirtschaften einteilen.

Den Boden übernimmt eine Landwirtschaftskommission aus der Wojwodschaft Warschau, die mit einer in Allenstein gebildeten Kommission zusammenarbeitet, deren Mitglieder als Kenner der ostpreußischen Verhältnisse ausgesucht wurden. Die Umsiedler werden in der Wojwodschaft Warschau geworben. Man wendet sich vor allem an solche Landwirte, bei denen durch Erbteilungen die Wirtschaften unrentabel geworden sind. Unausgesprochen wird damit zugegeben, daß sich diese Landwirte trotz ihrer kleinen und unrentablen Besitze nicht zu Kolchosen zusammengeschlossen oder, falls ja, diese wieder aufgelöst haben. Das geht auch daraus hervor, daß diese Umsiedler an ihrem ererbten Gut so hängen, daß sie auch ihre Wohnhäuser nach Ostpreußen mitnehmen wollen. Da diese weitgehend aus Holz bestehen, kann man sie auseinandernehmen und per Bahn

20. Mai 1958

an den neuen Bestimmungsort transportieren.

Um diese so konservativen Landwirte für eine Umsiedlung zu gewinnen, waren große finanzielle Zusagen notwendig. Die Bauern erhalten für ihre Äcker Preise, mit denen sie in Ostpreußen Flächen vom dreibis vierfachen Ausmaß erwerben können. Da es sich ferner darum handelt, in den in Frage kommenden Ortschaften der Wojwodschaft Warschau die Zwerggüter der Bauern zu vereinigen und daraus große und ertragsfähige landwirtschaftliche Einheiten (entweder Staatsgüter oder Kolchosen) zu machen, will man die Bauern in geschlossenen Gruppen umsiedeln und sie in Ostpreußen auch wieder geschlossen ansiedeln. Sie sollen so das Bewußtsein mitnehmen, daß sie sich unter Nachbarn rascher einleben und gemeinsam die neuen Probleme werden meistern können. Man hofft dabei, daß dann zumindest genossenschaftliche Zusammenschlüsse leichter zu bewerkstelligen sein werden, die für den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen für die viel größeren Ackerflächen sich ohnehin als zwingend erweisen dürften.

Einen Teil der Umsiedler sollen auch überschüssige Arbeiter von Staatsgütern stellen, die es in der Wojwodschaft Warschau ablehnen, sich einen anderen Arbeitsplatz zu suchen und die in der Landwirtschaft bleiben wollen. Bei den Bauern, die ihren Boden gut verkaufen können, ist der Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden kein Problem, zumal man sich darum kümmern will, daß ausreichendes Baumaterial von den Wojwodschaftsbehörden zur Verfügung gestellt wird. Bei den umsiedelnden landwirtschaftlichen Arbeitern muß die Frage der Kredite für diese Bauten noch gelöst werden. Für die Zuteilung des notwendigen Viehs sind Aktionen in Vorbereitung, die sich an die Maßnahmen für die ostpolnischen Repatrianten anlehnen.

Die geschilderte Umsiedlungsaktion ist ein Beweis dafür, daß man in Polen die schweren und vielfach verhängnisvollen Fehler bei den übereilten Umsiedlungen nach dem Kriege nicht wieder machen will. Neben Ostpreußen sind große Umsiedlungsflächen im Ausmaß von einigen Hunderttausend Hektar in den Wojwodschaften Stettin, Köslin(Pommern) und Danzig nach offizieller polnischer Angabe vorhanden.

### Wohin steuert Frankreich ?

Auf Umwegen erhielten wir nachstehenden Bericht über die Situation in Frankreich und Algerien, den wir wegen seiner interessanten Aspekte der Lösungsmöglichkeiten der französischen Staatskrise veröffentlichten.

\*

Das Fehlen exakter Nachrichten aus Frankreich und Algerien macht die Beurteilung der Krise der Vierten Französischen Republik schwierig. Während in Algerien die Generale und das "Wohlfahrtskomitee" das Heft fest in der Hand zu haben scheinen, bietet Frankreich selbst infolge der Aufsplitterung der republikanischen Kräfte ein undurchsichtiges Bild. Die Kommunisten haben sich zwar formal "auf die Seite der Demokratie" gestellt und ihren Willen kundgetan, "jeden faschistischen Putsch" abzuwehren. Es darf aber nicht vergessen werden, dass die stärkste Gewerkschaftsorganisation Frankreichs, die Confédération Générale du Travail (CGT) von den Kommunisten beherrscht wird, die als Preis für die Hilfe bei der "Rettung der Demokratie" die Bildung einer Volksfrontregierung fordern. Vor dieser Alternativ-Lösung gegen den Putsch der Generale zögert die Mitte, da sie weiss, dass eine kommunistische Regierungsbeteiligung praktisch die Aufgabe der bisherigen westlichen Bündnispolitik bedeuten würde. So stellen, der nach Algier entkommene Freund de Gaulles und die Generale in Nordafrika wollen daher ganz offensichtlich der legalen Regierung in Paris Zeit lassen, um einen Weg zu suchen und zu finden, der es ermöglicht, in einer Kombination der Mitte mit de Gaulle an der Spitze und unter Ausschluss der Kommunisten eine Regierung zu bilden.

Die französische Republik und ihre führenden demokratischen Kräfte stehen also vor der Lösung des Problems der Quadratur des Kreises. Sie wollen einerseits die Machtübernahme de Gaulles verhindern und die rebellierenden Generale in Afrika zähmen, andererseits die Autorität der legalen Regierung im Mutterland stärken, ohne die Kommunisten in diese Regierung hineinzunehmen.

Vor der Lösung der ersten Aufgabe steht immer noch das grosse Fragezeichen der politischen Zielsetzung de Gaulles. Vor der Lösung der zweiten Aufgabe die grosse Unbekannte der von den kommunistischen Gewerkschaften möglicherweise eingeleiteten Streikbewegung.

Schon immer ist alles an der französischen Politik merkwürdig gewesen. So hat sich auch jetzt wieder eine völlig unerwartete Situation dadurch ergeben, dass sich die Mohamedaner in Algerien in zunehmendem Masse den Wohlfahrtskomitees anschliessen. Die Kampfhandlungen in Algerien zwischen den Aufständischen und der Armee ruhen seit mehreren Tagen fast völlig. Dies ist aber nicht aus der Furcht der algerischen Freiheitsfront vor der französischen Armee zurückzuführen, sondern auf die Tatsache, dass - so merkwürdig es klingen mag - der Name de Gaulle bei der nordafrikanischen Bevölkerung in hohem Ansehen steht. Die Algerier, Tunesier und Marokkaner haben de Gaulle nicht vergessen, dass es die provisorische Regierung der französischen Republik in den Jahren vor der Befreiung Frankreichs unter Führung von de Gaulle verstanden hatte, die Sympathien der nordafrikanischen Bevölkerung zu erwerben. All dies schwingt jetzt in der französischen Politik mit; es ist auch der demokratischen Mitte im Mutterland bekannt und wird bei dem Versuch der Lösung der furchtbaren Krise in Rechnung gestellt.

\* \* \*

Für eine Welt der Freiheit und des Friedens

Der Parteitag der SPD nahm nach dem Referat des Vorsitzenden Erich Ollenhauer und einer lebendigen Diskussion nachstehende Entschliessung einstimmig an:

Der Parteitag sieht in dem atomaren Wettrüsten in der Welt und den damit verbundenen zunehmenden Spannungen zwischen West und Ost eine tödliche Gefahr für die Menschheit.

Der Parteitag fordert daher unverzügliche Verhandlungen zwischen West und Ost über eine schrittweise, kontrollierte Abrüstung der atomaren und konventionellen Waffen. Gleichzeitig sollte der Versuch unternommen werden, durch Verhandlungen die Möglichkeiten für eine Entspannung durch die Schaffung militärisch verdünnter Zonen, vor allem in Europa, zu untersuchen.

Jeder Fortschritt in der Frage der Abrüstung und in der Frage der Entspannung wird die Lösung anderer politischer Probleme, vor allem auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, erleichtern.

Der Parteitag verurteilt den Beschluss der Bundestagsmehrheit vom 25. März 1958 über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten gefährdet die Sicherheit des deutschen Volkes und zerstört die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und fordert die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie auf, den Kampf gegen die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses vom 25. März mit allen gegebenen verfassungsmässigen Mitteln innerhalb und ausserhalb des Parlaments fortzusetzen.

Der Parteitag betont seine Verbundenheit mit den in der Bewegung "Kampf dem Atontod" tätigen Männern und Frauen, die gegen die tödlichen Gefahren der Atomrüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung unerschrocken eintreten. Die Sozialdemokratische Partei wird auch weiterhin die Bewegung gegen den Atontod mit allen Kräften unterstützen.

20. Mai 1958

Der Parteitag dankt den Sozialdemokraten in den Ländern und Gemeinden, die die Initiative ergriffen haben, um Volksbefragungen über die atomare Aufrüstung einzuleiten. Der Parteitag sieht in dieser Initiative die Entschlossenheit aller Sozialdemokraten, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung auf der breitesten Basis weiterzuführen.

Der Parteitag verurteilt das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Volksbefragung in den Ländern. Der Betrug an den Wählern am 15. September 1957 soll jetzt durch verfassungsrechtliche Kontroversen verschleiert werden. Das Vorgehen der Bundesregierung ist eine ernsthafte Gefährdung demokratischer Grundrechte der Bürger in der Bundesrepublik.

\*

Die Zuspitzung der innenpolitischen Situation ist das Resultat der Ausweglosigkeit der Aussenpolitik der Regierung Adenauer. Das Festhalten an einer Militärpolitik, die angesichts der Entwicklung der internationalen Lage und der Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen zum Scheitern verurteilt ist, muss auch die wirtschaftliche Stabilität und die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik gefährden. Die Sozialdemokratie wird sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Untergrabung der freiheitlich demokratischen Ordnung zur Wehr setzen.

\*

Die sozialdemokratische Alternative zur Rüstungs- und Blockpolitik ist eine Politik des ernsthaften Verhandeln über Abrüstung und Entspannung, eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zu anderen Regierungen und Völkern und eine weltweite Politik der Förderung des friedlichen Aufbaus in den Entwicklungsländern in Asien und Afrika, damit im Geist der Selbstbestimmung und der Partnerschaft auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung eine Welt der Freiheit und des Friedens sich entwickeln kann.

Allein eine solche Politik kann nach den verhängnisvollen Resultaten der Politik der heutigen Bundesregierung die Atmosphäre und die Voraussetzungen für neue erfolgreiche Versuche schaffen, die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu erlangen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, mit allen politischen Kräften in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten, die gewillt sind, auf dieser Grundlage einen konstruktiven Beitrag zur Abrüstung und Entspannung und zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel